

# Borchener SPD greift den Landrat an

**Neue Windkraft-Genehmigungen:** Fraktionschef Herbert Berger hält das Verhalten Manfred Müllers für „völlig unverständlich und inakzeptabel“

■ **Borchen.** „Es ist schon auffällig, dass der Landrat immer wieder auf angebliche Versäumnisse der Gemeinde Borchen beim Thema Windkraft hinweist. Dass das nicht stimmt, weiß er ganz genau“, erklärt der Borchener SPD-Fraktionschef Herbert Berger in einer Stellungnahme zur jüngsten Genehmigung von Windkraftanlagen in Dörenhagen und Etteln kurz vor Jahresende 2016.

„Ja, die Gemeinde Borchen hat entschieden, auf die Rechtsgültigkeit des Borchener Flächennutzungsplans zu vertrauen. Und wenn das Gericht entscheidet, dass ein Flächennutzungsplan beispielsweise deswegen nicht rechtsgültig ist, weil statt „Abwägungsvorgang“ nur Abwä-

gung in der Bekanntmachung vor vielen Jahren geschrieben wurde, wirft dieses kein schlechtes Licht auf die Gemeinde Borchen, sondern auf die Komplexität der Rechtslage, die nicht nur in diesem Fall als Spielball der Justiz dient“, erklärt der SPD-Vorsitzende.

Der Platz des Landrates müsse an der Seite seiner Bürgerinnen und Bürger sein. Das erwarten die Borchener, heißt es weiter in der Mitteilung der SPD. Für Berger ist das Verhalten des Landrates „völlig unverständlich und inakzeptabel“. Wörtlich erklärt er: „Die Verlautbarungen des Kreises machen den Eindruck eines leidenschaftlichen Engagements für die Interessen der Investoren, nicht aber der



**Auf Konfrontation:** Herbert Berger. FOTO: SPD

Menschen in Borchen.“

Die SPD mutmaßt, dass der Landrat nur von sich ablenken und den Investoren die Anlagen noch kurz vor dem Jahreswechsel unbedingt genehmigen wollte. Nur so

könnten auch die hohen Fördermittel eingestrichen werden.

Berger fragt sich, warum die Anträge vom Kreis nicht nach den üblichen durchschnittlichen sechs- bis neunmonatiger Bearbeitungszeit abgelehnt werden. Das wäre auf Basis des immer noch gültigen Borchener Planes möglich und zudem zeitlich deutlich vor dem Mindener Urteil gewesen.

Die SPD hält es für bemerkenswert, wie der Landrat den Menschen in Borchen in den Rücken fällt. Zu behaupten, dass er nicht in Berufung gehen kann, sei unwahr und lächerlich, wenn es nicht so traurig wäre. Nicht in Berufung zu gehen, weil irgendwelche Schadensersatzforde-

rungen drohen könnten, offenbare beim Landrat ein Rechtsverständnis, was einen wütend machen müsse. Ob überhaupt jemals irgendwelche Forderungen seitens der Investoren entstehen würden, sei mehr als zweifelhaft, heißt es in der SPD-Stellungnahme. Schließlich sei die Berufung der ganz normale Rechtsweg. Den dürfe man sich auch nicht durch Schadensersatzdrohungen verbauen lassen.

Dazu Berger wörtlich: „Hier versucht der Landrat, Dinge gegen den Willen der Menschen in Borchen rücksichtslos durchzusetzen. Und leider auch um den Preis, wider besseren Wissen dem Rat der Gemeinde Borchen die Verantwortung in die Schuhe zu schieben.“